



Versicherungen

Der Nationalrat will unliebsamen Telefonanrufen von Versicherungsvermittlerinnen und -vermittlern endgültig einen Riegel schieben. Er hat am Montag einer Vorlage mit 162 zu 12 Stimmen bei 22 Enthaltungen zugestimmt, mit dem den Versicherern - namentlich Krankenkassen - strengere Regeln für Vermittler auferlegt werden. So sollen nicht mehr nur die Telefonwerbung, der Verzicht der Versicherungen auf Leistungen der Call-Center und die Einschränkung der Provisionen im Gesetz geregelt werden. Neu sollen ebenso das Verbot der Kaltakquise, die Ausbildung der Vermittlerinnen und Vermittler und eine Pflicht festgelegt werden, das Gespräch zu protokollieren. Dass es Handlungsbedarf gibt, war im Rat fast unbestritten. Einzig die SVP meinte, man könne das Telefon ja einfach auflegen. Als nächstes berät der Ständerat die Vorlage.

Fragestunde: Autobahnzubringer Appenzellerland

22.7061 FRAGESTUNDE. FRAGE

Nationalstrassen-Ausbauprogramm: Der Zubringer Appenzellerland ist noch nicht zur Umsetzung vorgesehen – der Bund will die Strecke «grundlegend» überprüfen.

Eingereicht von:



ZUBERBÜHLER DAVID

Fraktion der Schweizerischen Volkspartei
Schweizerische Volkspartei

Einreichungsdatum: 02.03.2022

Eingereicht im: Nationalrat

Stand der Beratungen: Erledigt

☰ ALLES ZUKLAPPEN

⊖ EINGEREICHTER TEXT

1955 wurde in Luzern die erste Autobahn der Schweiz eröffnet. 67 Jahre später verfügen die Kantone AR und AI als einzige Kantone der Schweiz nach wie vor über keinen eigenen Autobahnanschluss. Die Schweiz funktioniert als föderaler Staat aber nur dann, wenn sie Randregionen nicht vernachlässigt.

- Wieso ist der Bundesrat nicht endlich bereit, die beiden Appenzeller Halbkantone angemessen an das nationale Verkehrsnetz anzubinden?
- Welches sind seine Einwände gegen den Zubringer Appenzellerland?

⊖ ANTWORT DES BUNDESRATES VOM 07.03.2022

Der Bundesrat hat am 26. Januar 2022 die Vernehmlassung zur Weiterentwicklung der Nationalstrasse eröffnet. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung (S. 41) legt der Bundesrat seine Einwände gegen die vollständige Neutrassierung der N25 dar. Der Bundesrat anerkennt aber, dass insbesondere in Gossau und Herisau Handlungsbedarf besteht. Er möchte daher den Variantenfächer noch einmal umfassend öffnen und dem vorliegenden Lösungsansatz grundsätzliche Alternativen gegenüberstellen.



Tourismus

Hotels sollen Zimmer auf der eigenen Website günstiger anbieten dürfen als auf Buchungsplattformen. Der Nationalrat will Preisbindungsklauseln künftig verbieten - und Anbietern wie beispielsweise Booking.com noch engere Grenzen setzen. Die grosse Kammer hat am Dienstag als Erstrat verschiedene Änderungen im Gesetz über den unlauteren Wettbewerb (UWG) gutgeheissen. Der Entscheid fiel mit 109 zu 70 Stimmen bei 13 Enthaltungen. Geht es nach dem Nationalrat, sollen künftig alle Paritätsklauseln verboten werden, also auch Verfügbarkeits- und Konditionenparitätsklauseln. Die grosse Kammer will damit weiter gehen als der Bundesrat. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Staatsbetriebe

Das Bundesparlament will strengere Regeln für staatliche und staatsnahe Betriebe wie die Post oder die SBB. Ziel ist es, Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Namentlich geht es um Hürden bei Übernahmen. Der Nationalrat hat als Zweitrat zwei entsprechende Motionen überwiesen. Der Bundesrat muss nun Vorschläge zur Umsetzung machen. Die Ständeräte Andrea Caroni (FDP/AR) und Beat Rieder (Mitte/VS) verlangen in ihren Vorstössen namentlich eine Anpassung des Wettbewerbsrechts. Der Ständerat hatte die Motionen in der Herbstsession 2021 angenommen.

Mindestlöhne

In mehreren Grenzkantonen sind seit längerem Gesetze für Mindestlöhne in Kraft. Der Nationalrat spricht sich nun für eine nationale Regelung zur Durchsetzung der Regeln für Entsandte aus - und widersetzt sich damit dem Ständerat. Die grosse Kammer hat eine entsprechende Revision des Entsendegesetzes beschlossen. Der Entscheid fiel mit 106 zu 77 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Wie beim Eintretensvotum vor drei Monaten setzte sich eine Mehrheit aus SP, Grünen und Mitte-Fraktion durch. Nun ist wieder die kleine Kammer am Zug. Bleibt sie bei ihrem Entscheid, ist die Vorlage vom Tisch. Tritt sie auf die Änderung des Entsendegesetzes ein, könnte es doch noch nationale Regeln geben.

China-Strategie

Der Bundesrat soll sich nach dem Willen des Parlaments für bessere Bedingungen für Schweizer Investitionen in China einsetzen. Die grosse Kammer hat sich als Zweitrat für eine entsprechende Motion der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats (APK-S) ausgesprochen. Konkret wird die Regierung beauftragt, bei der Weiterentwicklung des Freihandelsabkommens mit China darauf hinzuwirken, dass Schweizer Unternehmen ermöglicht wird, grundsätzlich uneingeschränkt Anteile chinesischer Unternehmen zu erwerben und solche zu übernehmen. Bei kommenden Verhandlungen wird sich die Landesregierung nach eigener Aussage für weitere Verbesserungen einsetzen. Auf Reziprozität in allen Bereichen zu pochen, sei jedoch nicht zielführend und auch nicht realistisch.

Strassenverkehr

Bei Raserdelikten sollen die Gerichte wieder einen Ermessensspielraum erhalten. Der Nationalrat hat am Mittwoch bei der Revision des Strassenverkehrsgesetzes die schon im Herbst 2021 beschlossene Abschaffung der Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr bestätigt. Auch der Mindestentzug des Führerausweises wird von 24 auf 12 Monate halbiert. Rasende Blaulichtfahrer sollen etwas weniger hart angefasst werden. Die gesamte Revision hiess der Rat nach vierstündiger Debatte in der Gesamtabstimmung mit 156 zu 28 Stimmen gut. Die Nein-Stimmen kamen vor allem von den Grünen. Die Vorlage geht nun in den Ständerat.



Dort will sich Verkehrsministerin Simonetta Sommaruga noch einmal für die Velohelmpflicht für 12- bis 16-Jährige stark machen, die der Nationalrat aus dem Gesetz gestrichen hat.

Sicherheitspolitischer Bericht

Der Nationalrat hat den Sicherheitspolitischen Bericht 2021 des Bundesrates einstimmig zur Kenntnis genommen. Dieser beschreibe die Situation treffend, lautete der Tenor. Mit Blick auf den Angriff auf die Lage in der Ukraine wurden verschiedentlich Stimmen für eine Erhöhung des Armeebudgets laut. "Es müssen weitere Anstrengungen erfolgen und die notwendigen Investitionen freigegeben werden, damit die sicherheitspolitischen Ziele auch erreicht werden", sagte etwa Thomas Rechsteiner (Mitte/Al). Zurückhaltender äusserte sich die Ratslinke. Sicherheitspolitik umfasse viel mehr als die militärische, geopolitische Perspektive. Der Sicherheitspolitische Bericht wird als nächstes vom Ständerat behandelt.

Der Bericht vermittelt ein unzutreffendes Bild von der Schweizer Armee und suggeriert, dass unsere Armee in der Lage sei, Land und Bevölkerung im Ernstfall zu verteidigen. Der Bundesrat listet unzählige Aufgaben der Armee auf, aber fragt nicht, ob die aktuelle, real existierende Armee die erwähnten Aufträge überhaupt erfüllen könnte. Die Antwort wäre klar NEIN. Mit einer 100'000 Mann starken – oder vielmehr schwachen – Armee wird ein unzutreffendes Bild suggeriert.

Für die SVP-Fraktion habe ich das Wort ergriffen. Das ganze Votum ist unter folgendem Link ersichtlich:

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-videos?TranscriptId=297413>

Die Kurzzusammenfassung von Tele Züri finden Sie unter folgendem Link:

<https://tv.telezueri.ch/zuerinews/nationalrat-debattiert-ueber-schweizer-sicherheitspolitik-145757386>





Coronavirus – Armee

Das Parlament hat den dritten Armeeeinsatz in der Covid-19-Pandemie nachträglich gutgeheissen. Der Bundesrat hatte den Assistenzdienst von bis zu 2500 Armeeangehörigen bis Ende März im Dezember bewilligt. Nach dem Ständerat sagte nun auch der Nationalrat Ja. Bis zu 570 Armeeangehörige waren seit Dezember 2021 und bis etwa Mitte Februar gleichzeitig im Einsatz. Sie leisteten bis zum Ende des dritten Armeeeinsatzes rund 21'000 Dienstage. In den Kantonen Jura, Wallis, Neuenburg, Freiburg, Aargau, Nidwalden und Bern half das Militär beim Impfen. Die Kantone Jura, Freiburg, Wallis, Luzern, Genf und Bern benötigten Armeeangehörige auch für die Mithilfe bei der Grund- und Intensivpflege in Spitälern.

Schweiz – EU

Der Ständerat muss sich nochmals mit der Schweizer Beteiligung am digitalen EU-Sicherheitssystem Fado (False and Authentic Documents Online) befassen. Der Nationalrat hat mit 112 zu 37 Stimmen ohne Enthaltungen entschieden, dass der Bundesrat Luftfahrtunternehmen in Eigenregie ein vorübergehendes Zugriffsrecht auf die Daten geben können soll. Das Geschäft geht damit noch einmal an den Ständerat. Mit dem Fado-System werden innerhalb des Schengen-Raums Informationen zu Sicherheitsmerkmalen von Ausweisdokumenten ausgetauscht - und Bilder gefälschter Ausweise. Die Schweiz nutzt das System seit 2010.

Orientierungstag für Frauen

Der Nationalrat will eine Pflicht für junge Frauen prüfen, an Orientierungstagen der Armee teilzunehmen - heute ist dieser Anlass lediglich für Männer obligatorisch. Frauen sollen so mehr erfahren über Möglichkeiten, die ihnen die Armee bietet und ihnen einen freiwilligen Dienst schmackhaft machen. Der Nationalrat überwies das Postulat von Stefanie Heimgartner (SVP/AG) mit 125 zu 64 Stimmen, gegen den Willen der Linken. Die Armee sei auf Frauen noch nicht ausreichend vorbereitet, sagte Franziska Roth (SP/SO). Der Bundesrat war mit dem Vorstoss einverstanden. Damit in Armee und Zivilschutz künftig genügend Personal rekrutiert werden kann, prüft er unter anderem eine Dienstpflicht für Frauen.

Coronavirus – Schweiz

Der Nationalrat lehnt einen Nachtragskredit von 100 Millionen Franken für die Beschaffung von Medikamenten gegen Covid-19 ab. Anders als der Ständerat will er die Mittel erst später beschliessen. Mit 105 zu 82 Stimmen bei vier Enthaltungen folgte der Nationalrat am Donnerstag dem Antrag der Mehrheit seiner Finanzkommission (FK-N). Die kleine Kammer muss sich daher nochmals mit den Nachträgen zum Budget befassen. Die Beschaffung der Medikamente als solche war im Nationalrat unbestritten. Vertreterinnen und Vertreter aller Parteien kritisierten aber das Vorgehen des Ständerats.

Humanitäre Hilfe

Angestellte des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) sollen eine auf sie zugeschnittene Ausgestaltung der beruflichen Vorsorge erhalten. Der Nationalrat hat dafür das Gaststaatgesetz angepasst. Nun ist der Ständerat am Zug. Die Gesetzesänderungen sollen es erlauben, Angestellte des IKRK, die nicht bei der eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) versichert sind, der Gesetzgebung über die berufliche Vorsorge zu unterstellen und bei der Pensionskasse des IKRK zu versichern.



Vergangenheitsbewältigung

Der Nationalrat hat seinen Willen bekräftigt, dass die Schweiz einen offiziellen Gedenkort für die Opfer des Nationalsozialismus bekommen soll. Er hat den entsprechenden Vorstoss ohne Gegenstimme überwiesen. Mit der Zustimmung zur Motion von Ständerat Daniel Jositsch (SP/ZH) durch nunmehr beide Kammern haben die Räte ihre Unterstützung für eine fast gleichlautende Motion von Nationalrat Alfred Heer (SVP/ZH) bestätigt. Der Bundesrat kann nun die entsprechenden Umsetzungsarbeiten an die Hand nehmen. Der Gedenkort soll laut den beiden Vorstössen "die Erinnerung wachhalten und durch Vermittlungsarbeit das Bewusstsein für die Bedeutung von Demokratie und Rechtsstaat, insbesondere bei jungen Menschen, stärken".

Beitritt zum UNO-Sicherheitsrat

Die Mehrheit des Parlaments hat gegen den Willen der SVP Ja zum «Beitritt der Schweiz zum UNO-Sicherheitsrat» gesagt. Mit dieser verantwortungslosen Entscheidung wird die bewährte Neutralität der Schweiz beerdigt, was sie doch stets Garant für die innere und äussere Sicherheit unseres Landes und für das Erreichen friedlicher Lösungen. Denn mit dem Einsitz in den Sicherheitsrat, der über Krieg und Frieden entscheidet, kann die Schweiz ihre Guten Dienste nicht mehr glaubwürdig ausüben. Zudem besteht jetzt die Gefahr, dass unser Land in blutige Konflikte hineingezogen wird.

Der Sicherheitsrat entscheidet über Krieg und Frieden. Die Mitgliedschaft der Schweiz in diesem Gremium der Grossmächte zerstört die Glaubwürdigkeit unserer Neutralität und kann unser Land in gefährliche Konflikte hineinziehen. Die Neutralität war bis heute eines der höchsten Güter unseres Landes. Zum einen sorgte sie dafür, dass sich die Schweiz nicht in fremde Konflikte hineinziehen liess. Zum andern war sie seit mehr als 200 Jahren ein Garant für die innere Sicherheit der Schweiz. Unser Land würde es wohl ohne das Neutralitätsprinzip nicht mehr geben. Die Religionskriege im 16. Jahrhundert oder der 1. Weltkrieg hätten die Eidgenossenschaft auseinandergerissen. Aufgrund der massiven Zuwanderung aus allen Herren Ländern, findet heute in der Schweiz praktisch jeder Konflikt seinen Resonanzboden. Damit ist die Gefahr real, dass Kriegsfronten plötzlich mitten durch unser Land verlaufen – je nachdem, gegen wen wir im UNO-Sicherheitsrat die Kriegswaffe der Wirtschaftssanktionen aussprechen oder unterstützen.

